

V0150/23

**Kriminalprävention in Planung, Bau und Betrieb von Kitas und Schulen**  
**Antrag der ÖDP Stadtratsgruppe vom 18.03.2022 - V0255/22**  
**(Referent: Gero Hoffmann)**

**Antrag:**

1. Eckpunkte und Grundsätze bezüglich eines organisatorischen und technischen Risikomanagements im Sinne der Kriminalprävention fließen grundsätzlich in die Planung von zukünftigen Neubauten von Kitas und Schulen ein.
2. Die Planungen für den Neubau der Mittelschule Friedrichshofen/Am Dachsberg Nord-West werden unter Einbeziehung der Norm DIN VDE V 0827 "Notfall- und Gefahren-Reaktionssysteme (NGRS)" durchgeführt. Aus dem Projekt sollen Erfahrungen für die praktische Umsetzung bei anderen Projekten gewonnen werden.
3. Dem Stadtrat wird zu gegebener Zeit erneut berichtet.

Jugendhilfeausschuss	07.03.2023	Bekanntgabe
Ausschuss für Kultur und Bildung	14.03.2023	Bekanntgabe
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	16.03.2023	Bekanntgabe
Stadtrat	28.03.2023	Bekanntgabe

**Stadtrat vom 28.03.2023**

Stadtrat Over bedankt sich für die großzügige Unterstützung, die er seitens der Stadtverwaltung in seinem Ansinnen als ehemaliger Präventionsbeamter erhalten hat. Die beiden Aspekte technische und verhaltensorientierte Prävention sei ihm nämlich besonders wichtig. Gleichzeitig gehe es im Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe darum, beim Bau von künftigen Schulen ganz bestimmte Ausgaben zu vermeiden, da man kriminalpräventiv sehr viel schon im Vorfeld tun könne, was im Nachhinein an einer bestehenden Schule nicht mehr geändert werden könne. Weiter sei er sehr dankbar dafür, seitens des Baureferenten eine Zusage bekommen zu haben, Spezialisten hinzuzuziehen, was den kriminalpräventiven Bau von Kitas und Grundschulen anbelange. Gemeinsam mit zwei Fachleuten vom Landeskriminalamt habe man in einer kleinen Runde den Weg geebnet, um bei der Planung des Campus in Friedrichshofen am Dachsberg eine Art Blaupause zu erstellen. Diese soll dafür genutzt werden, gewonnene Erkenntnisse beim Bau von künftigen Kitas und Grundschulen weiter nutzen zu können.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass auch sie an einer Evaluierung und einem weiteren Bericht interessiert sei.

Stadtrat Dr. Schickel bedankt sich bei Stadtrat Over für den Antrag, der in seinen Augen absolut wichtig und richtig sei. In diesem Kontext gilt sein Dank auch der Stadtverwaltung, insbesondere Frau Rehak, die dazu beigetragen habe, dass innerhalb eines Jahres endlich

die Jugendsozialarbeit an Schulen umgesetzt worden sei. Dies sei ein Aspekt, wovon alle Schulen in Ingolstadt profitieren werden.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.